

SPD demokratischer pressediens

P/XXVIII/72

12. April 1973

In der Pflicht für Europa

Ein weites Kampffeld der Sozialdemokraten

Seite 1 und 1a / 66 Zeilen

Nach Moskau und Warschau muß Prag kommen

Der Übergang zu den Vertragsverhandlungen
sollte bald erfolgen

Seite 2 / 33 Zeilen

Überlegungen zu Otto Winzer

Anmerkungen zur Wiener Rede des DDR-Außen-
ministers

Seite 3 / 28 Zeilen

Laßt auch die jungen Menschen zu Wort
kommen !

Anmerkungen zum Thema Ehemündigkeit für
Männer und Frauen

Von Elfriede Eilers MdB
Mitglied des Bundestagsausschusses für
Jugend, Familie und Gesundheit

Seite 4 und 5 / 70 Zeilen

Der Doppelexperte wird gesucht

Sportausbilder für die Dritte Welt sind rar

Seite 6 und 7 / 89 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
8300 Bonn 12, Hausallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 82 - 38
Telefax: 888 846 / 886 847
B 18 | SPD D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
6300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 86 11

In der Pflicht für Europa

Ein weites Kampffeld der Sozialdemokraten

Aus der Mitte unseres Kontinents sind in diesem Jahrhundert, das ein Jahrhundert des Kindes sein sollte, zwei verheerende Weltkriege geführt worden. Sie haben unsagbares Leid über Menschen und Völker gebracht und materielle und moralische Zerstörungen ungeheuren Ausmaßes bewirkt. 28 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges ist den Völkern die Furcht genommen, dass von deutschem Boden aus die Kriegsfurie sich wieder entfalten, und dass ein deutscher Nationalismus die Geister wieder vergiften könnte. Die Friedenspolitik der Regierung Brandt-Scheel, eingebettet im westlichen Bündnissystem, schuf auch die Voraussetzungen für den Abbau von Spannungen mit unseren östlichen Nachbarn. Dieser geplagte Kontinent steht vor einer langen Periode des Friedens, in der der Krieg als Mittel zur Lösung von Konflikten zwischen Völkern und Staaten ausgeschaltet wird. Was Generationen ersehnt haben und wofür gerade Sozialdemokraten gekämpft und gelitten haben, das wurde europäische Realität.

Die deutsche Sozialdemokratie hat Entscheidendes zu dieser Entwicklung beigetragen. Das sozialliberale Bündnis, getragen von der grossen Mehrheit unseres Volkes, hat aber auch seine Fähigkeit zum Ausbau und zur Festigung der bestehenden Europäischen Gemeinschaften bewiesen. Von ihm gingen belebende Impulse aus. Im Zeitalter wachsender Verflechtungen und gegenseitiger Abhängigkeit ist kein einziges Land mehr in der Lage, die daraus entstehenden Schwierigkeiten und neue Problemstellungen für sich allein zu beheben. Die Erkenntnis, dass wir alle in einem Boot sitzen, wurde in der letzten Hälfte dieses Jahrhunderts zum Allgemeingut und zum Motor für die Auslösung neuer dynamischer Entwicklungen. Das Ziel, aus den bestehenden Gemeinschaften zu einer politischen Union noch zum

Ende der 70er Jahre zu gelangen, liegt im Bereich der Möglichkeiten. Allerdings kommt das nicht von selbst. Dazu bedarf es des Willens der Völker und der verantwortlichen Regierungen. Auch hier gilt der Satz, dass es im geschichtlichen Ablauf keine Automatik gibt.

Die Bundesrepublik Deutschland hat in dieses sich vor unseren Augen bildende Europa viele Erfahrungen und Erkenntnisse als kostbares Gut einzubringen. Ihre Reformpolitik, ihr Versuch, die Gesellschaft auf friedlichem Wege zu verändern und sozialen Konflikten die Schärfe zu nehmen, findet viel Bewunderung bei unseren Nachbarn. Dieses Europa soll ja nicht ein Europa unkontrollierter Großkonzerne und wirtschaftlicher Machtzusammenballung sein, es muss ein Europa werden, in dem die sozialen Energien voll zu Wirksamkeit kommen und in dem Mitbestimmung, Planung sowie demokratische Kontrolle im sozialen und wirtschaftlichen Bereich ihren Platz haben. So wie bei uns wird es auch auf dem erweiterten europäischen Feld heftige Auseinandersetzungen mit den beharrenden konservativen Kräften geben. Wir treten in eine belebende Phase europäischer Innenpolitik ein. Die politische Union Europas bekommt erst dann ihren eigentlichen Wert, wenn soziale Grundrechte überall gesichert und verankert sind und wenn sich die Lebensbedingungen für alle in der Gemeinschaft von 250 Millionen Menschen verbessern. Das schliesst eine europäische Strukturpolitik und den völligen Abbau noch vorhandener nationaler Egoismen ein.

Dieses werdende Europa kann sich von der übrigen Welt nicht abschliessen. Europäische Autarkie ist ebenso unmöglich wie nationale Autarkie. Ein starkes, sich seiner Kraft bewusstes Europa hat auch seine Pflichten gegenüber jenem zwei Drittel der Menschheit, denen Not und Elend, Hunger und Krankheit beschieden sind. Ihnen zu helfen gehört zu einer aktiven Friedenspolitik. Das sozial-liberale Bündnis verschliesst sich auch nicht diesen Pflichten. Hier ergeben sich Aufgaben für die heranwachsenden Generationen, und hier eröffnet sich ein Kampffeld um die Verwirklichung von mehr Humanität in unserer Welt, auf dem sich ihre Energien bewähren können.

(ex/12.4.1973/mäu/ex)

Nach Moskau und Warschau muß Prag kommen

Der Übergang zu den Vertragsverhandlungen sollte bald erfolgen

In Bonn wird im Laufe des Freitagnachmittag die sechste Runde der deutsch-tschechoslowakischen Vorgespräche für ein Abkommen zwischen Bonn und Prag im Sinne der Verträge mit Moskau und Warschau abgeschlossen. Es hat volle zehn Monate gedauert, bis sich die beiden Delegationen unter der Führung des Außenamts-Staatssekretärs Paul Frank und dem stellv. CSSR-Außenministers Jiri Goetz wieder treffen konnten: Eine Zeitspanne, die auch unter Berücksichtigung aller Schwierigkeiten, die nicht gering zu bemessen sind, zweifellos sehr lang war. Daß die Ungeduld vor allem bei führenden Politikern der SPD in den letzten Tagen deutlich artikuliert wurde, sollte niemanden überraschen und schon gar nicht veranlassen, daran jetzt etwa selbst Kritik zu üben. Der ehem. Belgrader Botschafter, Peter Blachstein, und der stellv. SPD-Vorsitzende Herbert Wehner, haben, der eine sehr direkt und der andere zurückhaltender, vor dem Hannoverschen SPD-Parteitag gesagt, was dazu zu sagen war und gesagt werden mußte.

Es ist der Wunsch auszusprechen, daß der Übergang von den Vorgesprächen zu den tatsächlichen Vertragsverhandlungen nun nicht mehr lange auf sich warten läßt. Man hat in beiden Hauptstädten ausreichend Muße und Gelegenheit genug gehabt, sich konzentriert mit den wenigen zentralen Punkten zu befassen, die diesen Übergang bisher blockiert haben. Die "Einkreisung" des Hauptproblems Münchner Abkommen sollte soweit vollzogen sein - und zwar zweifellos von beiden Seiten, also auch von Prag -, daß eine vernünftige und brauchbare Abschlußformulierung endlich ins Auge gefaßt werden kann.

Die Aufgabe bleibt unverändert und dringend die, das der Entspannung und dem Frieden dienende Ost-Vertragswerk, das mit Moskau und Warschau begonnen hat, zügig weiterzuführen und zu einem guten Ende zu bringen. Prag ist nicht unwichtiger als Moskau und Warschau. Diese Tatsache und diese Erkenntnis sollten auch durch die Schatten von München nicht länger beeinträchtigt werden.

(ee/12.4.1973/ks. ee)

Überlegungen zu Otto Winzer

Anmerkungen zur Wiener Rede des DDR-Außenministers

Die Wiener Äußerungen des DDR-Außenministers Otto Winzer sind, soweit sie die Beziehungen zur Bundesrepublik betreffen, auf großes Interesse in Bonn gestoßen. So wird zum Beispiel von zuständiger Regierungsseite Winzer's Aussage begrüßt, daß nach der Ratifizierung des Grundlagenvertrags - die Bonn im Mai vornehmen wird - "gutnachbarliche" Beziehungen auf dem wirtschaftlichen, kulturellen und künstlerischen Gebiete möglich sein sollten. Würde dem so werden, wie Otto Winzer es sieht, dann stellte sich gewiss auch die Frage der Abgrenzungstheorie der SED neu.

Man sieht in Bonn freilich auch die neue Schwierigkeit, die der DDR-Außenminister mit der "Bedingung" auf den Tisch legt, daß der von ihm prinzipiell befürwortete Austausch von Zeitungen an die Voraussetzung gebunden werden soll, daß "dieser", also der Austausch, dem Frieden diene und nicht für Chauvinismus und Hegemoniestreben eintrete. Wenn mit dieser Kautole nicht eine neue Blockierung vorangekündigt werden soll, dann muß jedenfalls die Frage beantwortet werden, wer eigentlich für die Durchführung des Zeitungsaustauschs verbindlich festlegen kann und will, was "dem Frieden dient". Mit abstrakten Zwangsformulierungen ist niemandem gedient: auch der DDR nicht.

Zustimmung hat in Bonn die Erklärung Winzers gefunden, daß die Regelung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR allein in ihrer staatlichen Souveränität liegt. Nur sollte man da doch nicht die Ausführungen ganz außer acht lassen, die der SED-Sekretär Erich Honacker auf dem VIII. SED-Parteitag zum Komplex UdSSR-DDR gemacht hatte. So wird auch Otto Winzer nicht abstreiten können, daß das sowjetische Interesse in und von der DDR "berücksichtigt" wird. (ee/12.4.1973/mäu/ee)

+ + +

Laßt auch die jungen Menschen zu Wort kommen!

Anmerkungen zum Thema Ehemündigkeit für Männer und Frauen

Von Elfriede Eilers MdB
Mitglied des Bundestagsausschusses
für Jugend, Familie und Gesundheit

Bereits in der VI. Legislaturperiode haben sich alle drei Fraktionen des Deutschen Bundestages für eine Herabsetzung des Volljährigkeitsalters auf die Vollendung des 18. Lebensjahres eingesetzt. Die Bundesregierung hat nun den Entwurf des Gesetzes zur Neuregelung des Volljährigkeitsalters erneut den gesetzgebenden Körperschaften zugeleitet.

Dieser Entwurf sieht vor, daß die Ehemündigkeit des Mannes, die bisher auf das 21. Lebensjahr festgesetzt war, wiederum an die Volljährigkeit gekoppelt werden und mit Vollendung des 18. Lebensjahres eintreten soll. Eine Eheschließung des minderjährigen Mannes wird künftig nicht mehr zugelassen.

Hingegen soll es nach dem Entwurf bei der bisherigen Regelung der Ehemündigkeit für die Frau verbleiben. Sie tritt mit Vollendung des 16. Lebensjahres ein. Wie nach geltendem Recht soll das Vormundschaftsgericht hiervon Befreiung erteilen und auch vor diesem Zeitpunkt eine Eheschließung des Mädchens zulassen können.

Die Zulassung der Eheschließung durch eine Minderjährige, das heißt nicht voll geschäftsfähige Frau, stammt aus einer Zeit, in der der Ehemann der Vormund der Frau war, allein die gesetzliche Vertretung der Kinder innehatte und Verwalter und Nutznießer auch des Frauenvermögens war. Mit der Gleichberechtigung von Mann und Frau und einem partnerschaftlichen Eheverständnis ist die Zulassung der minderjährigen Frau zur Ehe nicht mehr vereinbar.

Derartige Frühehen werden fast ausschließlich wegen einer bestehenden Schwangerschaft geschlossen. Sie weisen eine hohe Scheidungsanfälligkeit auf. Vielfach erfolgt die Eingehung der Ehe unter dem Druck der Eltern, um eine nichteheliche Geburt eines Kindes zu vermeiden.

Da Berufsschulpflicht und Lehre in der Regel bis zur Vollen-

dung des 18. Lebensjahres dauern, wird der Abschluß der Berufsausbildung durch die frühzeitige Eheschließung des Mädchens gefährdet. Da die jungen Paare in der Überwiegenden Anzahl der Fälle gleichaltrig sind oder nur ein Altersunterschied von nur wenigen Jahren besteht, geht mit der Eheschließung meist nicht auch die wirtschaftliche Eigenständigkeit einher. Hinzu kommt künftig, daß wegen der Herabsetzung des Ehemündigkeitsalters des Mannes auf die Vollendung des 18. Lebensjahres der allein voll geschäftsfähige Partner einer solchen Ehe den Schritt in die Volljährigkeit gerade erst erreicht haben wird.

1969 hatten 23.942 Mädchen zwischen dem 16. und 18. Lebensjahr die Ehe geschlossen. Die Zahl der Eheschließungen von Mädchen vor dem 16. Lebensjahr ist hingegen gering (1965 nur 151).

Der Bundesrat hat angeregt, weiteres Tatsachenmaterial zu beschaffen, um beurteilen zu können, ob nicht das Ehemündigkeitsalter der Frau auf die Vollendung des 18. Lebensjahres - ohne Befreiungsmöglichkeit - heraufgesetzt werden muß. Unabhängig davon hat er sich gegen eine - ausnahmsweise zugelassene - Eheschließung vor Vollendung des 16. Lebensjahres ausgesprochen. Meines Erachtens sollten in öffentlichen Anhörungen auch die in dieser Altersstufe stehenden jungen Menschen selbst zu dieser Problematik zu Wort kommen.

Die Nichtzulassung der Eheschließung vor der Vollendung des 18. Lebensjahres würde rechtlich weder Kind noch Eltern benachteiligen, nachdem durch die Reform des Nichtehelichenrechts eine Gleichstellung mit den ehelichen Kindern erfolgt ist. Durch eine geringfügige Änderung des § 1615 Abs. 1 BGB könnte der Unterhaltsanspruch der Mutter eines nichtehelichen Kindes gegen den Vater erweitert und dadurch die unterhaltsrechtliche Gleichstellung der nichtehelichen minderjährigen Mutter mit einer verheirateten erreicht werden.

In der DDR ist die Ehemündigkeit von Mann und Frau auf die Vollendung des 18. Lebensjahres - ohne Befreiungsmöglichkeit - festgesetzt. Nach schweizerischem Recht tritt die Ehemündigkeit beim Manne mit Vollendung des 20., bei der Frau des 18. Lebensjahres ein. Die Frau kann "in außerordentlichen Fällen, wenn schwerwiegende Rücksichten es rechtfertigen", mit Vollendung des 17. Lebensjahres für ehemündig erklärt werden (Art. 96 ZGB).

(-/12.4.1973/bgy/ja)

+ + +

Der Doppelsexperte wird gesucht

Sportausbilder für die Dritte Welt sind rar

Mitte März liefen in Cali und Medellin/Kolumbien Sportseminare unter der Leitung des Dozenten Paul van der Schoot von der Deutschen Sporthochschule Köln. Ende März verabschiedet sich der bundesdeutsche Leichtathletik-Trainer Schempp aus Peru, dessen Trainingsauftrag im Rahmen des Bonner Olympia-Förderungsprogramm jetzt ausläuft. Gut sechs Wochen vorher hat nach den Pan-Afrikanischen Spielen in Lagos der 25jährige Leichtathletik-Trainer Walter Abmayr Adieu gesagt, der ab Mai 1974 im Auftrag des Auswärtigen Amtes das nigerianische Olympia-Team auf die Münchener Spiele vorbereitete und danach die gleiche Aufgabe für die 2. Pan-Afrikanischen Spiele von Anfang Januar 1973 erledigt hatte. Mit Ehren und guten Wünschen überladen zog Abmayr neuen Aufgaben entgegen.

Deutsche Sportlehrer und Trainer sind in der Dritten Welt begehrt. Keineswegs aber reichen die im Rahmen des vorläufigen Haushaltsplans für die Sportförderung in der Dritten Welt vorgesehenen Mittel aus, um alle Wünsche zu erfüllen. Ständen aber die notwendigen Mittel zur Verfügung, so würde einfach der Mangel an geeigneten Sportlehrern und Trainern die Förderungsfreude Bonnens bremsen. Gegenwärtig arbeiten neun Sportlehrer und Trainer in Afrika (Friedel in Algerien, Marotzke in Nigeria, Weigang in Mali, Schnittger in Kamerun, Göller im Sudan, Pape in Uganda, Krautzun in Kenya, Pfister in Rwanda und Streun in Lesotho), vier in Asien (Trautmann in Birma, Löcken in Malaysia und im Iran der Leichtathletik-Trainer Thegeder und ein Schwimm-Trainer) und zwei in Latein-Amerika (Geffers in El Salvador und Schrempf in Peru). Diplom-Sportlehrer Seidensticker ist aus dem Jemen abgezogen worden und wird entweder nach Ghana oder nach Kolumbien gehen. Von diesen 16 Sportexperten draussen sind acht Fußball-Trainer.

Ende März soll der interministerielle Ausschuss für die Sportförderung in der Dritten Welt (bestehend aus Vertretern des Auswärtigen Amtes sowie der Bundesministerien für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Inneres) gemeinsam beraten und entscheiden, welche der vorliegenden Wünsche aus Guatemala, Castarica, Chile, Ecuador, Indien, Nepal, Niger, Obervolta, Dahomey, Malawi u.a. nach Fußball-, Leichtathletik- und Schwimmtrainern erfüllt werden können.

An die Bonner Sportexperten werden an ihren neuen Arbeitsplätzen oft hohe und vielfache Anforderungen gestellt. Fußball ist sehr gefragt, vor allem auch in Afrika. Oft aber wird ein Fußball-Trainer gesucht, der auch andere Ballspiele etwa Volley- oder Handball, trainieren soll. Peter Friedel z.B., Dozent am Centre Nationale d' Education Physique et Sportive im sportbegeisterten Maghrebland Algerien, lehrt neben Methodik und Didaktik

in der Praxis auch Leichtathletik, Geräteturnen und Gymnastik; außerdem liegt der Aufbau eines Centre-Audio-Visuell bei ihm und schließlich soll er sich auch noch um die Heranbildung einer Gruppe von entwicklungsfähigen Zehnkämpfern kümmern.

Sportförderung in einem Entwicklungsland ist etwas anderes als Sportförderung etwa im Industriestaat Bundesrepublik Deutschland. Und entsprechend müssen auch die Sportlehrer von einer anderen Grundeinstellung aus arbeiten und Fähigkeiten haben, die bei uns weniger gefragt sind. Zuerst sind sie einmal sehr auf sich selbst gestellt, ohne die Hilfsmittel und die "Sport-Infrastruktur" - wenn diese Kennzeichnung erlaubt ist -, wie sie bei uns selbstverständlich ist. Es fehlen vielfach alle die Sportgeräte und sonstigen Mittel, über die bei uns deshalb kein Wort verloren wird, weil sie einfach routinemäßig vorhanden sind. Der Sportlehrer mit Bonner Förderungsauftrag findet kaum ein Verein- oder Verbandssystem vor, auf das er sich organisatorisch stützen könnte. Er muß erst die dem jeweiligen Land gemäße oder auch nur behelfsmäßig mögliche Organisationsform finden, wenn er nicht nur zwei Vereine trainieren, sondern ein Breitensystem mit dem Ziel "Sport für Jedermann" versuchen will. Und dann: Die Verhältnisse z.B. in Nigeria oder Kenya sind anders als in Rwanda oder Mali, wozu immer noch die ungewohnt großen Entfernungen zwischen den Arbeitsstätten kommen, mit denen der Sportlehrer in einem Entwicklungsland rechnen muß.

Und schließlich darf er sich nicht nur als Trainer fühlen, der nur eine bestimmte Mannschaft zu Hochleistungen führen soll, er muß zunächst Sportlehrer und meist auch Organisator sein, weil er Anregungen und Modelle für den Schul- und Breitensport geben soll. Nach fachmännischer Schätzung gibt es vielleicht lediglich rund 50 bundesdeutsche Sportexperten, die als all-round-Sport-Pädagogen in einem Entwicklungsland unter den geschilderten Voraussetzungen Sportförderung leisten wollen. Und nur knapp 20 außer den draußen schon arbeitenden Helfern sollen echt qualifiziert sein.

Die Wünsche nach Sportentwicklungshilfe aus der Bundesrepublik Deutschland aber steigen. Sport hat in Afrika eine eminent politische Bedeutung, weshalb Absagen - wenn erst einmal die Mittel vorhanden sind - nicht so gern gegeben werden. Ist da der Vorschlag, zunächst ein fliegender Team von qualifizierten Sportexperten in den in Frage kommenden Entwicklungsländern die erste Sportförderungsphase planen und starten zu lassen, in der gegenwärtigen Situation nicht der richtige Tip? Die längerfristige, viel Geduld erfordernde Knochenarbeit "an der Sportfront" sollte sich dann anschließen.

Einst erscheint als sicher: Der Stellenwert für Sportentwicklungshilfe wird sich nach vorn schieben.

Heinz Ockhardt
(-/12.4.1973/ks/ex)